

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt:
Tagesblatt-Rieser,
Friedrichstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Großenhain, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen befähigter best. Blatt.

Postfach-Nr.:
Dresden 1580.
Telefon:
Rieser Nr. 52.

Nr. 239.

Donnerstag, 12. Oktober 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-
erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und
Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; gelbdruckend und
inbegriffener Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erst, wenn der Betrag vorläufig, durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontore gerät. Zahlungs- und
Erfüllungsbedingungen: Rieser. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Der Adler“ an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger
oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Frieden — Aufbau.

Bemerkenswert ist eine Rede, die der Führer der Genfer
faschistischen Partei (Nationale Ordnungspartei), George
Nitschmann, in Genf hielt. Klarer als alle vorangegangenen
Reden hat Nitschmann seinen Friedenswillen verkündet
— so unterstrich er eine geschichtliche Tatsache. Man
wird ihm zustimmen: Als Nitschmann sich aus der Redoute
rief die aufgeregte Welt, das bedeuete Krieg. Nitschmann aber
arbeitete für den Aufbau Italiens. Starke Persönlichkeiten,
Persönlichkeiten, die mit einem neuen Programm, sogar
einer neuen Weltanschauung zur Macht gelangen, die sich
durchsetzen und alte, vielbenutzte Wege verlassen, werden
vom Weltöffentlichkeit und einer patriotischen Egoisten-
clique als Feinde des Friedens ausgerufen. Man verachtet
die gute Einsicht, wenn Länder rüsten und ein böses Intri-
guantenaufrüstungsspiel treiben, man sieht nicht die rauchenden
Schornsteine der Rüstungsindustrie, sondern ausschließlich
die gute Einsicht, die auf diese rauchenden
Schornsteine und auf die Friedensunfähigkeit hinweist.
Als Adolf Hitler auf die Macht kam, war die sogenannte,
selbstverständliche gemachte, Weltmeinung: Hitler sei
der Krieg! Aber wie Nitschmann, so hat eben nur die starke
Persönlichkeit und die radikale Abkehr dieser Persönlichkeit
vom Verstand, der Verstandeskommode, die Gemüter
gepackt. Sie verurteilten gar nicht Sinn und Grundlag der
faschistischen Bewegung zu erfassen und sie lehnten es sogar
ab, den deutschen Nationalsozialismus zu begreifen. Sie
wollten begreifen, daß Hitler den Krieg bedeuete und da-
mit eine neue Zeit, sogar bis jetzt, die Mär von der
deutschen Gefahr um.

Vielleicht findet man in der Geschichte für die Einzel-
lung eine Erklärung. Große Männer auf einem Thron,
übertragene Persönlichkeiten in einer Regierung waren zu-
meist Träger von Expansionsgedanken, aus denen Kriegs-
handlungen erwuchsen. Gestützt auf diese geschichtliche
Erfahrung läßt sich freilich die Weltmeinung von einer ge-
schickten Propaganda beeinflussen. Daß eine solche, aus
egoistischen und Verstandesmotiven arbeitende Propaganda dem
Fortschritt und Werden des deutschen Führers entgegenge-
stellt wurde, liegt ja außer Zweifel.

Da und dort mag es bereits dämmern, hier und da
wird die Erkenntnis aufkommen, daß — ebenso wenig wie
Nitschmann — der Reichsführer Hitler den Krieg bedeutet.
Denn die Taten der genauen noch kurzen Regierungsperiode
des größten deutschen Mannes reden doch eine zu klare
Sprache. Sie unterstreichen tagtäglich die klaren und un-
widerlegbaren Sätze, daß Deutschland den Frieden, nicht
andere als den Frieden will. Deutschland hat eine große
Aufgabe, der Mann, der Krieg sein soll, hat den ersten,
einzigen, festen und unbenutzten Willen, Deutschland aus
dem Zusammenbruch zu retten. Die Rettung einer Nation
vor wirtschaftlichem Verfall und Volkswirtschaft kann aber
nicht mit der Waffe in der Hand durchgeführt werden, nicht
mit einem Wahnsinnskrieg von 100 000 Mann gegen Mil-
lionen, nicht mit Pappstrolähen gegen Metallgeschosse, nicht
mit der Pistole gegen schwere Granatbomben, mit einem
Rückzug gegen schwerbeschädigte Flugzeuggeschwader
und wie die Vergleiche sonst noch sein mögen! Arbeits-
beschaffung ist die große Aufgabe, die sich der Führer gestellt
hat, der seine Helfer und Mitarbeiter dienen, der sich das
ganzem Volk verschrieben hat. Aufbau! — das ist eine
Aufgabe, würdig und ehren, eine Aufgabe, die seinen Ge-
danken an Krieg aufkommen lassen kann. Und schließlich
müßte das Ergebnis des großen deutschen Aufbauprozesses
auch in den verwirrten Gehirnen jener Allesglaubenden
sich einbilden und ihre Voreingenommenheit gegen Adolf
Hitler grundlegend beseitigen.

Frieden — Aufbau! Früher mögen große Männer dem
Gedanken angehangen haben, Glorie werde sich nur dann um
ihre Haupt, wenn sie Mehrer des Landes durch Landgewin-
nung und Beute würden. Heute ist Mehrer der, der ein
gequältes, unglückliches Volk aus der Verzweiflung rettet
und ihm Vertrauen zu seiner Zukunft gibt. Heute ist Mehr-
er der, der den Frieden zu sichern weiß, weil in der
jetzigen Zeit jeder Krieg neues Unglück und Elend bringen
muß. Nur auf dem durch Frieden gesicherten Boden, in dem
Frieden garantierten Grenzen kann aus dem Zusammen-
bruch dieser Welt ein neues Zeitalter wachsen lassen. Die
Ideologie des internationalen Pazifismus mag solche Ge-
danken nicht verstehen. Der Ruf nach Völkerverbrüderung
mag noch immer Idealisten und Egoisten betören. Schließ-
lich aber müßte man annehmen, daß der Pazifismus in dem
Rückgangswahn einen viel gefährlicheren Gegner haben sollte,
als in der mächtigen und erfolgreichen Tätigkeit des Man-
nes, der auf sich, wie ein rotes Tuch auf einen Stier gewirkt
hat. Indessen! Wir denken nicht daran, die fäuselnden
Friedensfreunde der liberalen pazifistischen Phalanx zu be-
lehren und zu befehren, sondern verlangen vielmehr, daß
die verantwortlichen Männer der Weltpolitik ihre Sprache
finden und der Wahrheit die Ehre geben, daß sie Wahrheit
und Dichtung scheiden und sich mehr mit dem durch große
Erfolge bereits gekennzeichneten Ziel des deutschen An-
sehens beschäftigen, als mit aberwitzigen Verleumdungen!

Eine Klarstellung

Verschiedene Vorfälle geben Veranlassung, darauf hin-
zuweisen, daß der Herr Reichsführer weder politische
Beauftragte ernannt, noch Personen beauftragt hat, in
seinem Namen irgendwelche Maßnahmen zu treffen. Es hat
niemand ein Recht, sich als Beauftragter des Herrn Reichs-
führers zu bezeichnen und in seinem Namen Amtshand-
lungen vorzunehmen.

Deutschland soll entscheiden. Der Stand der Abrüstungsbesprechungen.

Der Stand der Abrüstungsbesprechungen, wie er sich
am Mittwochabend darstellt, läßt noch keinen Schluß darüber
zu, ob am nächsten Montag die materiellen Verhandlungen im
Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz werden beginnen
können.

Bei den Besprechungen, die am Mittwoch wieder zwischen
den Vertretern der Großmächte und einiger anderer Länder
stattgefunden haben, handelte es sich hauptsächlich um die
Verständigung über die am englischen Konventionsskizzen
vorzunehmenden Änderungen. Obwohl zwischen Frankreich,
England und Amerika eine Einigung nicht vorliegt, ist es zu
erwarten, daß der Versuch gemacht werden wird, Deutsch-
land in den Hauptpunkten vor die Frage der Annahme oder
der Ablehnung zu stellen.

Den wichtigsten Besprechungsgegenstand bilden die Fol-
gerungen, die aus der vorgeschlagenen Umwandlung der
Reichswehr hinsichtlich der Bewaffnung zu ziehen sind. Man
hat sich in den Abordnungen mit dieser Frage entweder
überhaupt noch nicht ernstlich beschäftigt, oder man glaubt,
daß eine entsprechende zahlenmäßige Vermehrung des im
Verfall der Vertrag zugestanden Materials, aber keine wert-
mäßige Änderungen in Frage kommen können.

Ausführlicher erörtert wurde bisher nur die Frage der
Luftwaffe, die im Versailler Vertrag Deutschland bekanntlich
100prozentig verboten ist. Man scheint unter einem Umstän-
den geneigt zu sein, Deutschland eine Luftwaffe zuzugestehen
und es besteht der Eindruck, daß die anderen Mächte Deutsch-
land in möglichst kurzer Zeit vor die Frage stellen möchten,
wie es sich zu diesem Kernpunkt verhält. Gerade in der
Luftwaffe liegen die Verhältnisse aber so, daß eine Einigung
der anderen Mächte über die Abschaffung nicht zu erwarten
ist und es deshalb für Deutschland eine unannehmbar
Benachteiligung bedeuten würde, wenn etwa das
Versailler Verbot in die neue Abrüstungskonvention über-
nommen werden sollte, nachdem sogar dem gerade aus der
englischen Vormundschaft entlassenen arabischen Staat Irak
bei seinem Eintritt in den Völkerbund im vorigen Jahre
Flugzeuge als eine selbstverständliche Verteidigungswaffe zu-
gebilligt worden sind.

In Genfer deutschen Kreisen wird betont, daß Deutsch-
land keine Konvention unterzeichnen kann, die nicht in den
Hauptfragen den deutschen Forderungen gerecht wird, wobei
daran erinnert wird, daß Deutschland in den letzten Tagen
immer wieder seine Verteidigungsbereitschaft hinsichtlich der
quantitativen Seite der Gleichberechtigung erklärt hat. Alle
Kompromißvorschläge, die diesem rechtlich und moralisch be-
gründeten deutschen Standpunkt nicht gerecht werden, können
daher für Deutschland nicht ernsthaft in Betracht kommen.

Unterredung Nodolny-Simon

Postmaster Nodolny hatte Mittwochabend eine längere
Unterredung mit Sir John Simon. Der englische Außen-

minister gab dem deutschen Delegierten namens der englischen
Regierung eine grundsätzliche Gegenüberstellung der verschie-
denen Thesen, bei der sich die bekannten starken Meinungs-
verschiedenheiten ergaben. Die Fortsetzung der Besprechungen
wurde ausdrücklich vereinbart.

Deutschlands Rechtsanspruch.

11 Berlin. Die Besprechungen, die am gestrigen Tage
zwischen den einzelnen Delegationen, insbesondere zwischen
Engländern, Franzosen und Amerikanern, stattfanden,
haben die im Interesse des Abrüstungswertes erwartete
Einschränkung der Situation nicht gebracht. Dennoch wird
den Verhandlungen im Hauptauschuß am kommenden
Montag voraussichtlich nur eine normale Bedeutung zu-
kommen. Von dem bisherigen Gang der Verhandlungen
bleibt der Eindruck bestehen, als sei das Vermitteln der
Verantwortung für den ursprünglichen MacDonald-Plan
gerade in dem Lande nicht mehr vorherrschend, dessen Prä-
mierminister aus engste mit dem Plan verbunden ist. Man
hat auf englischer Seite versucht, die Änderungen, die man
auf französischer Seite hin am Konventionsskizzen offen-
bar vorzunehmen bereit ist, mit einer moralischen Begrün-
dung zu erklären. Die innerpolitische Situation, so lautet
die Lesart, sei heute in Deutschland eine völlig andere als
zur Zeit des Völkermordes. Eine solche Beweis-
führung geht an der für die internationale Politik grund-
legenden Tatsache vorbei, daß die außenpolitischen An-
sprüche eines Landes nicht der Reflex innerpolitischer Ent-
wicklungen, welcher Art sie auch immer sein mögen, sind,
sondern der Ausdruck der historisch gewordenen staatlichen
Lebensnotwendigkeiten. Diese aber sind für das Deutsch-
land der nationalen Revolution die gleichen wie für jene
des 11. Dezember 1932. Es ist auch deshalb völlig verfehlt,
zur Begründung einer von der anderen Seite vorhandenen
mangelnden Abrüstungsbereitschaft auf die innere Entwick-
lung Deutschlands zurückzuführen, weil der MacDonald-
Plan, der dem im Dezember 1932 angehängten Gleich-
berechtigungsantrag konkrete Gestalt verliehen sollte, erst
im März, also über zwei Monate nach dem Amtsantritt der
Regierung Hitlers, in Genf unterbreitet wurde. Dieser
Konventionsskizzen enthält, woran man bei dem gegen-
wärtigen Stand der Besprechungen über Einzelheiten er-
innern muß, einen Artikel 66, der vorsteht, daß durch die
Konvention der Teil V des Versailler Vertrages ersetzt
wird. Es entspräche nicht dem Prinzip der Gleichberechti-
gung, wenn man die Diskriminierung Deutschlands, wie
sie im Versailler Vertrag enthalten ist und nach dem Kon-
ventionsskizzen beseitigt werden soll, nun wieder dadurch
aufleben lassen sollte, daß man die Diskriminierung nun in
die Konvention selbst einträgt. Diese grundsätzliche
Erwägung gilt nicht zuletzt für die Frage der Luftwaffe,
die Deutschland von den anderen Mächten weiterhin völlig
vorenthalten werden soll, obwohl eine Abschaffung der Luft-
waffe in den anderen Staaten nicht zu erwarten ist.

Solidarität des Glaubens! Aufruf des Reichsbischofs zur Winterhilfe.

Der Reichsbischof erläßt folgenden Aufruf zur Winter-
hilfe:

„Unter Reichsführer Adolf Hitler hat zu einem
Winterhilfswerk für unsere notleidenden Volksgenossen
angeregt. In ihm soll sich die lebendige nationale Soli-
darität des deutschen Volkes beweisen. An diesem Werk
mitzuarbeiten, fühlen wir evangelischen Christen uns aus
der Solidarität des Glaubens heraus in erster Linie ver-
pflichtet.“

Jeder von uns muß im Herzen die persönliche Verant-
wortung für seinen Nächsten tragen und seine Nächstenliebe
in lebendige Tat umsetzen.

Nicht Almosen helfen, sondern nur wirkliche

Cyber für die Brüder. So rufe ich Euch, Ihr Glieder
unserer Deutschen Evangelischen Kirche, auf: Reicht Euch
ein in die Front der tätigen Liebe und der Hilfe!

Widmet Euch mit ganzer Kraft dem großen Hilfswerk,
habt offene Augen und offene Hände für jede Not in Eurer
Nachbarschaft und Umgebung!

Jede evangelische Kirchengemeinde soll sich in diesem
Winter in ganz besonderer Weise als eine Kameradschaft
des Glaubens und der werktätigen Liebe beweisen.

Innere Mission, Frauenhilfe, Männerdienst und alle
anderen Hilfsorganisationen unserer Kirche sollen Euch die
Wege weisen, so daß aus der gemeinsamen Arbeit aller
Kraften jegliche Hilfe lebendig werde.“

Kommunistische Bruchstücke im Münchener Bräustüberhaus.

* München. Bis jetzt war es noch nicht gelungen,
neben den Herstellern der illegalen kommunistischen Presse
in München auch den geistlichen Urheber oder Redakteur fest-
zustellen. In den letzten Tagen wurde nun eine Reihe von
Funktionären der illegalen KPD in München, die an der
Herstellung und Herausgabe der „Neuen Zeitung“ beteiligt
waren, ermittelt und festgenommen. Unter ihnen befindet
sich auch der kommunistische Redakteur Walter Häbich.
Dieser Spitzenfunktionär der KPD war ehemals der
Redakteur der in München erscheinenden kommunistischen
Tageszeitung „Neue Zeitung“ und war auch nach den Er-

mittlungen der geistlichen Urheber und Schriftleiter der ille-
galen „Neuen Zeit.“ In Zusammenhang mit diesen Fest-
nahmen ist es auch gelungen, die „Redaktion“ der illegalen
„Neuen Zeitung“ zu ermitteln. Sie befand sich, so un-
glücklich es klingen mag, in den Räumen des Bräustü-
berhauses (Bräustüberhaus-Stiftung St. Johann-Neopomus, Send-
linger Straße 88). In einem für Uneingeweihte schwer
auffindbaren Speicherabteil war eine regelrechte kommuni-
stische Redaktionsstube eingerichtet. Dort wurden im Laufe
der letzten Monate die Manuskripte und Matrizen zur Her-
stellung der kommunistischen Zeitschrift angefertigt. Neben
zahlreichen Matrizen und Abzügen konnten auch die dabei
verwendeten Schreibmaschinen beschlagnahmt werden. Auf
welche Weise und unter welchem Vorwand es den Kommu-
nisten gelungen ist, ihre Bruchstücke für illegale Schriften
gerade in diesem Hause aufzubewahren, muß noch geklärt
werden.